

Aktionsplan Justiz

Menschlichkeit siegt. **SPÖ**

Wenn du sie wählst.

#gemeinsam | spoe.at

„Der Rechtsstaat in Österreich muss vor dem Kollaps gerettet werden. Der drohende Kollaps führt zu massiven Sicherheitsproblemen. Jeder 4. Fluchtversuch aus Justizanstalten war 2018 erfolgreich. Dort sind bei der Justizwache derzeit 200 Planstellen unbesetzt. Die Lösung dieses Sicherheitsproblems duldet keinen Aufschub. Die Übergangsregierung muss die Nachbesetzung der offenen Stellen sofort in die Wege leiten“, so **SPÖ-Bundesparteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner**.

„Neben dieser Sofortmaßnahme muss die künftige Regierung in die Justiz investieren und massiv Personal aufstocken. Die SPÖ legt daher einen Aktionsplan mit umfangreichen Maßnahmen vor, um unseren Rechtsstaat zu retten. Es braucht 100 zusätzliche RichterInnen, 100 neue StaatsanwältInnen und 400 neue MitarbeiterInnen im Verwaltungsbereich“, so die Parteivorsitzende.

Pamela Rendi-Wagner:

„Der Rechtsstaat in Österreich muss vor dem Kollaps gerettet werden.“

Problem 1: Gefährlicher Sparkurs bei RichterInnen, StaatsanwältInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen

Die Personalnot ist für den Rechtsstaat gefährlich:

>> Auf **100.000 Einwohner** kommen derzeit **20 RichterInnen**. Im Jahr 2016 waren es noch durchschnittlich 27,4 RichterInnen.

>> Auf **100.000 Einwohner** kommen derzeit **4,1 StaatsanwältInnen**. Im europäischen Schnitt sind es hingegen 11,7 StaatsanwältInnen.

>> Auf **100 Einwohner** in Österreich kommen **pro Staatsanwalt 5,9 Fälle** (pro Jahr: **1.624 Fälle**). Im europäischen Schnitt sind es hingegen 578 Fälle, also in etwa ein Drittel der Belastung in Österreich.

Auch im Bereich der Rechtspfleger und im Verwaltungsbereich wurde massiv gekürzt: Seit 2013 wurden über 400 Planstellen gestrichen.

Nachwuchsproblem: RichteramtsanwärterInnen haben Angst, dass sie nach ihrer jahrelangen Ausbildung nicht in den Richterstand übernommen werden. Das führt dazu, dass sich RechtspraktikantInnen trotz ausgezeichnete Richter-Eignung für einen anderen Beruf entscheiden.

Aktenrückstau: Durch die Personalnot werden die Ausfertigungsfristen bei vielen Gerichten immer länger. Akten liegen wochenlang im Fach, obwohl die Akten von den zuständigen RichterInnen eigentlich erledigt sind.

Problem 2: Gefährlicher Sparkurs bei der Justizwache

In den österreichischen Justizanstalten haben sich die Angriffe auf die Justizwachemitarbeiter verdreifacht. 2018 kam es zu 180 Fluchtversuchen, 47 davon waren erfolgreich.

Bis heute sind über **200 offene Stellen in der Justizwache unbesetzt**. Zugleich beschlossen ÖVP und FPÖ, dass bis 2020 keine neuen regulären Planstellen für die Justizwache vorgesehen sind. Die **Situation** in einigen Justizanstalten ist **dramatisch**:

>> In der Justizanstalt Wien-Josefstadt gibt es **1.200 Insassen** bei einer **Belagsfähigkeit von 990**. Die Auslastung beträgt daher 120%.

>> In der Justizanstalt Graz-Jakomini werden von 175 ausgewiesenen Planstellen lediglich 137 JustizwachebeamtInnen für Nacht- und Wochenenddienste eingesetzt. **20 Planstellen sind generell nicht besetzt**.

>> In der Justizanstalt Innsbruck sind von 162 Planstellen lediglich 154 besetzt, 5 weitere BeamtInnen befinden sich im Dauerkrankenstand. Die Folgen: über **250 Überstunden und nur 2 freie Tage pro Monat**.

Sachverständige und DolmetscherInnen: Da die ohnehin bescheidenen Honorare seit dem Jahr 2007 nicht valorisiert wurden, besteht bereits jetzt ein massives Nachwuchsproblem. Alle GutachterInnen sind über 55 Jahre alt. Bei den GerichtsdolmetscherInnen wurde das Honorar im Jahr 2014 sogar noch herabgesetzt. Der Kaufkraftverlust beträgt 20%.

Der SPÖ-Aktionsplan Justiz im Detail:

Genügend Personal für gut funktionierende Justiz

- >> Sofortmaßnahme:** sofortige Besetzung der 200 offenen Stellen im Justizwachebereich
- >> Aufstockung des Justizpersonals:** 100 zusätzliche RichterInnen, 100 neue StaatsanwältInnen, 400 neue MitarbeiterInnen im nicht-richterlichen Bereich (Rechtspfleger, Verwaltungsbediensteten an allen Gerichten, insbesondere auch am Bundesverwaltungsgericht), mehr Personal auch für Servicestellen, Prävention und Öffentlichkeitsarbeit
- >> Errichtung von Jugendgerichtszentren** in den Landeshauptstädten, in denen richterliche und sozialpädagogische Kompetenz gebündelt werden
- >> Schaffung einer Justizakademie** zur Richterfortbildung, Absolvierung von Spezialausbildungen (z.B. Jugendstrafrecht, Familienrecht, Verwaltungsrecht) als Ernennungsvoraussetzung
- >> Fachholschulerausbildung** für RechtspflegerInnen
- >> Reform des Sachverständigen- und Dolmetscherwesens**
- >> Aufnahmetestung neu evaluieren** – mehr Berufsanfänger

In den Justizanstalten für Sicherheit und Ordnung sorgen:

- >> Arbeitsbedingungen der Justizwache verbessern** und strukturelle Schritte gegen Gewalt
- >> Häftlingszahlen senken:** Fußfesseleinsatz erhöhen, vermehrte Strafverbüßungen im Heimatland
- >> Vermehrte Ausbildung** (z.B.: Lehrabschluss in Justizanstalten)
- >> Errichtung eines Jugendkompetenzzentrums**
- >> Vollbeschäftigung** für Strafgefangene

Reform des Maßnahmenvollzugs:

- >> Strafrechtliche Unterbringung in forensisch-therapeutische Zentren
- >> Maßnahmen gegenüber psychisch Kranken nicht mehr in Vollzugsanstalten
- >> Ambulanter Vollzug bei gelinderen Fällen möglich (z.B. betreute Wohneinrichtung, Bewährungshilfe stärken)
- >> Elektronische Fußfessel beim ambulanten Vollzug und auch nach einer bedingten Entlassung

Auf Prävention und Gewaltschutz setzen

- >> Verbesserung des Gewaltschutzgesetzes, Wiedereinführung der Fallkonferenzen, Erweiterung der Wegweisungsmöglichkeiten, Annäherungsverbote, mehr Förderungen für Gewaltschutzzentren und für die Täterarbeit
- >> Mehr Geld für Opferschutzorganisationen
- >> inklusive leicht zugänglicher Meldestellen mit interdisziplinären Teams aus PolizeibeamtInnen, StaatsanwältInnen und PsychologInnen

Weisungsfreier Bundesstaatsanwalt

- >> Schaffung eines weisungsfreien Bundesstaatsanwaltes, Verlagerung der Weisungsspitze vom Bundesminister an diesen Bundesstaatsanwalt (Nationalrat wählt den Bundesstaatsanwalt mit 2/3-Mehrheit, Amtszeit 12 Jahre)

Digitalisierung vorantreiben

- >> Digitalisierungsprozess mit genügend Mittel ausstatten, um Justizsystem auf den Stand des 21. Jahrhunderts zu bringen

Problem: Der Digitalisierungsprozess in der Justiz geht viel zu langsam voran. Es existieren zu wenige elektronische Akte. Aktenkisten werden manuell von einem Standort zum anderen herumgeschleppt. Es braucht mehr Geld für Software und IT-ExpertInnen an jedem Gerichtsstandort, um die Modernisierung in diesem Bereich zu beschleunigen. Deutschland etwa ist hier schon viel weiter.

Kosten für die Personalaufstockungen: ca. 50 Mio. Euro